

nachrichten

Christen und Muslime beim Begräbnis eines Priesters

»Es ist undenkbar für Muslime eine katholische Kirche zu betreten, aber ich denke sie haben es vergessen, um den Priester zu sehen, den sie geliebt haben«, so Bischof Edwin dela Pena am 1. September 2001 während der Totenmesse für Rufus Halley, dem ermordeten irischen Missionar. Zahlreiche muslimische Frauen saßen neben den Verwandten des Priesters, der vier Tage zuvor bei einem fehlgeschlagenen Kidnappingversuch von verdächtigten muslimischen Rebellen in der Nähe von Malabang in Lanao del Sur ums Leben kam. In seinem Tod hat er das erreicht, für was er sein Leben lang so hart gekämpft hat: Christen und Muslime zusammenzubringen. Der Gemeindepriester von Malabang war ein lauter Kritiker der Militäroffensive gegen die MILF des ehemaligen Präsidenten Estrada gewesen, und hatte sich in Unliebe gebracht, als er sich weigerte die Messe in einem militärischen Camp zu halten. Mehr als 3000 Menschen, unter ihnen viele muslimische Maranaws, legten ihre Unterschiede beiseite und drängten sich in die Kirche, um dem Priester ihren Respekt zu erweisen.

vgl. PDI, 2.9.01

Solidarität ist eine Goldgrube

Einige Stunden vor dem Treffen mit US-Präsident Bush am 20. November 2001, versprach Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo »jeden Schritt auf dem Weg« beim »Krieg gegen den Terrorismus« mit Amerika zu gehen und gelobte philippinische »Terroristengruppen« vor Gericht zu bringen. Weiterhin appellierte sie an die entwickelte Welt Nationen zu unterstützen, die von Armut betroffen sind — welche sie als »Produktionsfläche« von Terrorismus bezeichnete.

Präsidentin Arroyos uneingeschränkte Unterstützung der von der US-Regierung geführten Koalition gegen internationalen Terrorismus und ihr gutes Verhältnis zu Bush scheint sich auszuzahlen. Wie der Sprecher der Präsidentin Rigoberto Tiglao berichtete, hat Bush die US Agency for International Development (USAID) angewiesen, die finanzielle Unterstützung für die Philippinen zu erhöhen. Es gab ebenso Hinweise, dass Washington

die Philippinen für ihre Hilfe entlohnen könnten, indem sie Manilas massive Schuldenlast erlassen.

Ein privater Gerechtigkeitsfonds, repräsentiert vom früheren US-Vizepräsident Dan Quayle, hat ein Verständnismemorandum (Memorandum of Understanding, MOU) mit dem Finanzministerium unterzeichnet, einen Fonds in Höhe von 500 Millionen US-Dollar einzurichten, um notleidenden philippinischen Firmen bei ihrer Rehabilitation zu helfen. Davor hatte die Präsidentin der Unterzeichnung von verschiedenen MOUs und Vereinbarungsmemoranden über nahezu 500 Millionen US-Dollar Anleihen und Zuwendungen der Weltbank, USAID und der Bundesfinanzkammer beigewohnt. Die Fonds werden für die Bereitstellung einer Mikrofinanzierung für frühere Mororebellen in Mindanao, die Finanzierung von städtischen Wassersystemen, den Import von landwirtschaftlichem Equipment und

Reformen im Energiesektor benutzt werden.

Zusätzlich wurde die Präsidentin von einem Angebot des US-Schatzministers Paul O'Neill überrascht. Dieser sagte, er habe die Philippinen auf die Liste der Länder gestellt, die sich dem »Schuld-für-Natur-Tauschsystem« (debt-for-nature-swap-scheme) bedienen können. Unter diesem System könnten die Philippinen für die Schuldentrückzahlung bestimmtes Geld für die Finanzierung von Umweltprojekten verwenden. USAID stellt dazu noch technische Unterstützung für die Realisierung des Anti-Geldwäsche-Gesetzes in den Philippinen bereit. Im Gegenzug bot die Präsidentin Luftraum und, abhängig von der Billigung des philippinischen Kongresses den Einsatz von Truppen in Afghanistan.

vgl. PDI, 21.11.01

Nur Misuari in Malaysia festgenommen

Nur Misuari, Gründungsvorsitzender der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF), ist politisch am Ende. Sein letztes Gefecht begann am 19. November 2001, auf der Insel Jolo und endete unzeremoniell im Morgengrauen des 24. November im ostmalaysischen Bundesstaat Sabah. Malaiische Grenzpolizisten griffen ihn und sechs seiner Gefolgsleute auf und halten ihn zur Zeit in Sabahs Hauptstadt, Kota Kinabalu, fest. Obgleich zwischen Malaysia und den Philippinen kein Auslieferungsabkommen besteht, dürften Misuari und die anderen Festgenommenen wohl in wenigen Tagen den philippinischen Behörden übergeben werden. In Manila droht ihnen der Prozess wegen Rebellion. Ein bitteres Finale für einen Mann, der sich große historische Verdienste um die muslimische Bevölkerung in den Philippinen erwor-

ben hatte, tatkräftig mithalf, das frühere Schimpfwort »Moro« neu und positiv zu besetzen und sich gern in der Rolle eines »Arafat der Moros« gesehen hätte. Letztlich aber scheiterte er auf der ganzen Linie: Selbst innerhalb seiner Organisation war er zum Schluss untragbar geworden, als »Opportunist« geächtet und als »Verräter« gemieden.

Im Frühjahr 2001 erklärte schließlich ein 15-köpfiges Exekutivkomitee der MNLF ihren Gründungsvorsitzenden für abgesetzt und stufte Misuari zum »Chairman Emeritus« herab. Ende Oktober 2001 unterzeichneten die Misuari-kritischen Elemente der MNLF und die bereits in den 70er Jahren von ihr abgespaltene, heute indes einflussreichste Moro-Organisation, die Moro Islamische Befreiungsfront (MILF), eine Vereinbarung, künftig stärker zu kooperieren

und den Vereinigungsprozess beider Organisationen zu beschleunigen. Eine Politik, die gegenwärtig tatkräftig seitens des libyschen Botschafters in Manila, Salem Adem, unterstützt und offensichtlich auch von der aus 56 Mitgliedstaaten bestehenden OIC befürwortet wird.

Aus Verbitterung über dieses jähe Ende seiner politischen Laufbahn griff ein noch Misuari ergebene Kontingent von etwa 400 bewaffneten Kämpfern, unterstützt von Mitgliedern der Abu Sayyaf-Gruppe, am 19. November 2001 die 104. Brigade der philippinischen Streitkräfte nahe dem Flughafen in Jolo City an, wobei mindestens 120 Soldaten und Zivilisten den Tod fanden.

vgl. PDI, 29.11., 28.11., 2.12., 3.12.01

»Unser eigenes kleines Afghanistan«

Es gibt viele Parallelen zwischen Afghanistan und Basilan, die eindeutigste ist die Tatsache, dass die Führer der Abu Sayyaf auf der Höhe der sowjetischen Angriffe in den 70er und 80er Jahren in Afghanistan gekämpft haben. In Afghanistan sind Abu Sayyaf-Begründer wie die Janjalani-Brüder und Abu Sabaya in Kontakt mit Osama bin Laden und seinem Al-Qaeda Netzwerk gekommen, die damals lebenswürdigerweise von der CIA mit den nötigen Waffen und einem guten Training versorgt wurden, um gegen die Sowjetarmee zu kämpfen.

Ob es, wie in Afghanistan, eher um ideologische oder, wie in Basilan, um wirtschaftliche Beweggründe geht — Terrorismus bleibt Terrorismus. In allen Fällen wird die Verstümmelung und Tötung von unschuldigen Zivilisten dazu benutzt, Angst zu verbreiten. Bei dem Versuch die Terroristen »auszuräuchern« benutzen die amerikanischen und philippinischen bewaffneten Kräfte nackte Gewalt, und machen sich so eher zu Angreifern als zu Angegriffenen.

So kommt es, dass in Afghanistan wie auch in Basilan, die Anti-Terrorismus-Kampagne mehr Sympathisanten für die Terroristen hervorbringt. In Basilan, zum Beispiel, hassen die Bewohner die Abu Sayyaf und die philippinischen Streitkräfte (AFP) nun gleichermaßen, die einen für ihre unmenschlichen und kriminellen Machenschaften und die anderen für ihre massiven Menschenrechtverletzungen. In einigen Regionen sind die Menschen der Ansicht, die Abu Sayyaf wären der AFP vorzuziehen, da sie wenigstens keine Dörfer zerbomben, Häuser plündern und abfackeln und nicht an zahlreichen unbegründeten Verhaftungen und Folterungen beteiligt sind. Die Präsidentin ist der Ansicht, dass in Basilan mehr als 50 Prozent der Bevölkerung die Abu Sayyaf unterstützen. Sie verwies auf die Notwendigkeit den Leuten klarzumachen, dass es die Regierung sei die sich wirklich um sie kümmere, nicht die Abu Sayyaf.

In Afghanistan und Basilan wird dem Terrorismus jedoch mit einem noch größeren Terrorismus des Staates begegnet. In

beiden Fällen vertuschen die Regierungen die historischen Ungerechtigkeiten, unter denen die muslimische Bevölkerung gelitten hat, und somit auch die Notwendigkeit die eigenen Fehler zu korrigieren.

Währenddessen vergrößert sich der Kreislauf des Hasses, der immer mehr Opfer fordert.

vgl. Business World, 12.10.01, Manial Times, 1.10.10

US-Militäraktionen möglich

Künftig könnten die Philippinen Ziele von US-Militäraktionen sein, vermutet die »New York Times«. Denn auch hier gibt es Gruppen, die dem Al-Qaeda Netzwerk zugerechnet werden.

Bei ihrer Anti-Terrorismus-Kampagne haben die USA auch mutmaßliche Al-Qaeda-Zellen in Südostasien im Visier. Wie die »New York Times« am Mittwoch unter Berufung auf US-Regierungsvertreter berichtete, sind Gruppen der Organisation des islamischen Fundamentalistenführers Osama bin Laden auf den Philippinen, in Indonesien und in Malaysia mögliche Ziele zukünftiger offener oder gehei-

nachrichten

mer US-Militäraktionen.

Gruppen mit Verbindungen zu Bin Laden hätten ihre Aktivitäten in den vergangenen Jahren ausgeweitet und »Geld, Personal, Material und Erfahrungen« mit dem Al-Qaeda-Netzwerk ausgetauscht. Vor allem die Philippinen seien eine bedeutende Drehscheibe für die Aktivitäten. Washington hatte der UNO nach Angaben von UN-Generalsekretär Kofi Annan mitgeteilt, im Rahmen der Terrorismus-Bekämpfung seien »weitere Aktionen bezüglich weiterer Organisationen in anderen Ländern« erforderlich. vgl. Netzzeitung, 10.10.01

— Anzeige —



IMMER AUF DEM LAUFENDEN

Mit dem Nachrichtenüberblick **philippinen** aktuell.

Thematisch sortiert und original aus philippinischen Tageszeitungen. Jeden Monat die neuesten Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in Ihrem Briefkasten.

Ich möchte philippinen aktuell regelmäßig beziehen:

() Jahresabo e-mail **NEU!** DM 30,-
 () Jahresabonnement DM 60,-
 () Halbjahresabonnement DM 32,-

Das Abo verlängert sich automatisch um den Bestellzeitraum, wenn es nicht eine Woche nach Erhalt der letzten Ausgabe gekündigt wird.

Ich möchte philippinen aktuell testen.

() Blind Date-Abo (1 Ausg.) DM 5,-

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch. Dem Ansichtsexemplar wird ein Bestellschein beigelegt, der im günstigen Falle ausgefüllt und unterschrieben an das philippinenbüro zurückgeschickt werden kann. Wir bitten, dieser Bestellung 5,- DM in Briefmarken beizulegen.

philippinen
aktuell

Name und Adresse: _____

Datum _____

Unterschrift _____

Den Bestellabschnitt bitte senden an:
 philippinenbüro e.V.,
 Bußmannaue 11
 45327 Essen
 Tel: 0201/8303828
 Fax: 0201/8303830

nachrichten

Kokosnussfonds

Vier Mitglieder des Repräsentantenhauses haben am 3. Dezember 2001 einen Gesetzentwurf eingereicht, der die Erträge des kontroversen Coco Levy Fund zu einem öffentlichen Fonds erklären würde. Der Gesetzentwurf soll die Kokosnussindustrie stärken und Millionen von Pesos, die während der Marcos-Diktatur als Kokosnusssteuern erhoben wurden, wieder in die Hände der Kokosnussbauern bringen.

Laut Gesetzentwurf würden dann alle Steuereinnahmen der Kokosnussindustrie den kleinen Kokosnussbauern und der Finanzierung von Projekten des Sektors zugute kommen.

vgl. PDI, 4.12.01

Wer wird Nachfolger Misuaris?

Die Gouverneurswahlen der Autonomen Region Muslimmindanaos (ARMM), die am 27. November 2001 stattfinden scheinen wie erwartet auszugehen. Frühe Hochrechnungen zeigen Gouverneurskandidaten Paruok Hussin vor seinem Gegenstreiter Ebrahim Paglas. Hussin gilt als »Verräter« Nur Misuaris und ist der bevorzugte Kandidat der Präsidentin. Paglas warf der Regierung vor, die Wahlen wären durch enorme Betrügereien zugunsten des »Lieblingskandidaten« der Präsidentin manipuliert worden. Hussin steht in Verbindung zu einem Block der MNLF, der sich von Misuari gelöst hatte und der, durch das 15-köpfige Komitee der ARMM, Misuari als Vorsitzenden der ARMM abgesetzt hatte. Er gilt als ein Diplomat mit einer langen Erfah-

rung in den Friedensverhandlungen.

Im Rennen um den Posten des Vizegouverneurs liegt Mahid Mutilan mit 113 165 Stimmen vor seinem Gegner Benjamin Long, der bis jetzt lediglich 50 533 Stimmen für sich gewinnen konnte.

Die Wahlbeobachter des National Movement of Free Elections (Namfrel) hatten zuvor die Wahlkommission Comelec gebeten, die Stimmzählung zu stoppen. Laut Wahlbeobachtern soll es massive Fälschungen der Stimmzettel gegeben haben. » Es gab gefälschte und zuvor ausgefüllte Stimmzettel, und Lehrer wurde dazu manipuliert, die angekreuzten Namen auf den Stimmzetteln zu verändern«, so Eliseo Mercado Jr., Vorsitzender von Namfrel in der ARMM. Comelec verwarf jedoch den

Todesstrafe kritisiert

Katholische Bischöfe verurteilen die Entscheidung der Präsidentin die Exekution von verurteilten Kidnappern durchzuführen. Mit der Änderung ihres Kurses bezüglich der Todesstrafe könnte sie laut Rechtsanwältin in Gefahr geraten ihres Amtes enthoben zu werden. »Mit dieser Umkehrung liefert die Präsidentin das Land öffentlich der Herrschaft des Verbrechens aus,« so Erzbischof Oscar Cruz, ein ehemaliger Kopf der katholischen Bischofskonferenz. Die Präsidentin hatte sich gegen die Todesstrafe gewandt und durch eine lebenslange Haftstrafe ersetzt. Ihren Standpunkt hatte sie Mitte Oktober 2001 mit der Begründung geändert, die 79 Geiselnahmen dieses Jahres würden die Wirtschaft ruinieren. Die Free Legal Assistance Group (Flag), eine ehrenamtliche Anwaltsorganisation warnten, dass das geplante Vorgehen der Präsidentin verfassungswidrig sei.

vgl., PDI; 22.10.01

Exekutionen von verdächtigen Kriminellen sind in Davao an der Tagesordnung. Das letzte Opfer, Alburo, der eine fünfjährige Bewährungsstrafe für Drogenmissbrauch hatte, war das fünfte Opfer der Wo-

che. Wie auch in den vorherigen Morden, die von mysteriösen Männer auf Motorrädern verübt wurden, blieben Augenzeugen stumm. Insgesamt sind in den Monaten von Juli bis Oktober 2001 17 Kinder, die angeblich in Drogenmissbrauch und Diebstahl verwickelt waren, ermordet worden. Die Serie dieser Morde hat seit ihrem Beginn 1997 bereits 70 Menschenleben gefordert. Die Mörder haben zum größten Teil einen Hinweis am Tatort zurückgelassen, indem sie sich als Mitglieder der Davao Death Squad ausgaben. Dieses Jahr geben sich die Mörder jedoch als Los Pepes aus. Nun wird die mögliche Verwicklung eines Majors in den Fall untersucht. Major Rodrigo Duterte, hatte von der philippinischen Polizei eine Liste erhalten, auf der die Namen von 500 Personen stehen, die angeblich früher in Drogengeschäfte oder Diebstahl verwickelt waren, und so helfen könnten » den Kampf gegen Drogen zu unterstützen. Nachdem Duterte die Liste während eines Fernsehauftrittes öffentlich vorgelesen hatte waren drei Personen, die auch auf der Liste standen ermordet worden.

vgl., Manila Times, 22.10.01

Lange Urlaubswochenenden

Die philippinische Bevölkerung hat anlässlich Allerheiligen ein fünftägiges Wochenende genossen. Es ist offensichtlich das Erste von mehreren langen Wochenenden, wie sie vom Tourismusbüro empfohlen wurden.

Malacanang erklärte überall im Land den Nachmittag des 31. Oktobers 2001 und den gesamten 2. November zu speziellen arbeitsfreien Tagen. Die Vereinbarung war in der Proklamation 106, ausgestellt am 4. Oktober, enthalten. In dieser erklärt die Regierung, dass sie den Menschen »die volle Möglichkeit geben wird, dem 1. November mit all dem religiösen Eifer angemessen zu begegnen.« Tourismusminister Richard Gordon hatte zuvor bekanntgegeben, dass er lange Wochenenden empfehlen würde, um die Tourismusindustrie zu beleben, welche von zahlreichen Problemen heimgesucht wird, besonders der Sicherheit von ausländischen Touristen.

vgl. PDI, 10.10.01

Aufruf zum Jihad

Die MILF verwarf den Aufruf der afghanischen Talibanregierung zum Jihad. Der Vorsitzende des MILF-Komitees zur Beendigung von Feindseligkeit Eid Kabalu sagte am 16. September 2001 der Aufruf zum Jihad sei nicht gerechtfertigt, da es immer noch keine Indizien von » indiskriminierenden Übergriffen gegen Muslime« gebe. Die separatistische Gruppe hat als Resultat der Verhandlungen mit der philippinischen Regierung in Malaysia, kürzlich ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Der Vorsitzende des Bangsamorates Macapanton Abbas hat Berichte bestritten, dem zu folge die MNLF und die MILF finanzielle Unterstützung von Osama bin Laden erhalten hätten. Laut Abbas sollten diese falschen Berichte dazu dienen, die Fehler des Militärs bei der vergeblichen Verfolgung der Abu Sayyaf zu verschleiern.

vgl. Business World, 17.9.01